



Fachbereich 1
Vorstandsbüro
1.14 – KuK Kreatives und Kritisches
Ivonne Pott
Telefon: 05231 977-201
Telefax: 05231 977-8201

Detmold, 25.11.15

PROTOKOLL

„Rathaus mobil“ am 28. Oktober 2015 in der Detmolder Stadthalle für die Ortsteile Detmold-Nord und Detmold-Süd

Beginn 19.00 Uhr – Ende: 22.25 Uhr

Teilnehmende der Stadt Detmold:

Herr Bürgermeister Heller
Herr Lammering, Technischer Beigeordneter
Frau Oesterhaus, Fachbereich (FB) Jugend,
Schule, Soziales, Sport
Herr Behnke, FB Stadtentwicklung
Frau Danesh, FB Jugend, Schule, Soziales und
Sport; Koordination
ehrenamtliche Flüchtlingshilfe
Herr Rosemeier, FB Tiefbau und
Immobilienmanagement
Frau Schlieker, FB Tiefbau und
Immobilienmanagement

Moderation:

Ute Ehren, KuK-Büro für Kreatives und Kritisches

Veranstaltungsbegleitung:

Ortsbürgermeister Werner Meise
Ortsbürgermeister Helmut-Volker Schüte
Ivonne Pott, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Teilnehmende anderer Organisationen:

Frau Beer, Arbeiter-Samariter-Bund

als Gäste ca. 65 Bürgerinnen und Bürger

TOP 1. – 3. Begrüßungen

Herr Meise, Herr Schüte und Herr Heller begrüßen die Bürgerinnen und Bürger aus den Ortsteilen. Erstmals findet eine gemeinsame Veranstaltung der Ortsteile Detmold-Nord und Detmold-Süd statt. Herr Heller gibt die Moderation an Frau Ehren weiter. Frau Ehren begrüßt ebenfalls die Gäste und erklärt den Ablauf des Abends.

TOP 4. – Rückblick auf die vergangenen zwei Jahre

Anhand einer Präsentation (siehe Internet) erläutert Frau Ehren, was in den letzten zwei Jahren von den Themen der beiden „Rathaus mobil“-Veranstaltung, zum einen am 29.08.2012 für den Ortsteil Detmold-Nord und zum anderen am 13.09.2012 für den Ortsteil Detmold-Süd seitens der Stadt Detmold umgesetzt wurde.

TOP 5. – (Rad-)Verkehr in der Innenstadt

1. Parken Bandelberg

Herr Rosemeier erläutert einleitend allgemeine Aspekte zur Verkehrsentwicklungsplanung der Stadt Detmold. Seit der Erweiterung der Parkzone C bildet der Bereich des oberen Bandelbergs, der explizit

von Bürgern als Problemfeld angesprochen wurde, eine Schnittzone zwischen dem bewirtschafteten und unbewirtschafteten Bereich, so Rosemeier. Die Erweiterung der Parkzonen wurde bereits 2010 vom Stadtrat beschlossen. 2012 wurde dieser politische Beschluss u.a. mit der Ausweitung der Parkzone C umgesetzt. In der Folge kam es an dieser Schnittstelle verstärkt zu Verdrängungseffekten. Pendler nutzten die Parkflächen an den Straßen, so dass dort die Anwohner nicht mehr parken konnten. Auf die diesbezüglichen Beschwerden der Anwohnenden reagierte die Politik damit, dass weitere geplante Schritte nicht mehr umgesetzt wurden.

Außerdem wurde im Auftrag der SVD ein Gutachten zur Parkraumbewirtschaftung erstellt (u.a. mit Kennzeichenerfassung und Mengeparkverhalten). Im Tiefbau- und Immobilienausschuss am 27. Oktober wurde dieses der Politik vorgestellt, dort wurden auch die Beschwerden der Anwohnenden gehört. Diese sollen in die weiteren Beratungen mit einbezogen werden. Außerdem wird der Ausschuss für Tiefbau- und Immobilienaufgaben einen Ortstermin festsetzen.

Zudem wurde unter Beteiligung der IHK, der Polizei und der Ortsbürgermeister ein Arbeitskreis gebildet, dieser soll Empfehlungen für ein weiteres Vorgehen entwickeln. Nach Möglichkeit soll Ende des Jahres eine Beschlussvorlage erstellt werden, so dass über die erarbeiteten Lösungsvorschläge Anfang des Jahres im Fachausschuss beraten werden soll und so die Verwaltung 2016 einen Leitfaden für die Umsetzung erarbeiten kann. Dabei sollen auch die angrenzenden Straßen wie die Kiewningstraße und Steinstoß berücksichtigt werden.

Auf Nachfragen nach konkreten Maßnahmen, die zeitnah umgesetzt werden könnten, antwortet Herr Rosemeier: Da es sich um einen unbewirtschafteten Bereich handelt, besteht dort bislang nur die Möglichkeit, gegen verkehrswidriges Parken vorzugehen. Auch besteht derzeit für die Stadtverwaltung keine Möglichkeit über Beschilderung und Markierung tätig zu werden.

Ein Bürger erklärt, dass sich im vergangenen halben Jahr das Problem weiter verschärft habe, insofern dass auch nach 18 Uhr keine Parkplätze mehr zur Verfügung stehen und insbesondere auch auswärtige PKWs dort dauerhaft parken. Eine zeitnahe Änderung wird von Seiten der Bürger insbesondere auch deshalb eingefordert, da die parkenden Autos enge, unübersichtliche und so für Fahrradfahrer gefährliche Verkehrssituationen verursachen würden (als Beispiel wurde insbesondere die Straße Steinstoß angeführt). Es werde deshalb notfalls auch eine ‚Zwischenlösung‘ benötigt. Frau Ehren erklärt, dass die Anregungen und Äußerungen der Bürger mit in die Entscheidungen einfließen werden.

Als weitere Anregung zum Thema Parken verweist ein Bürger auf einen kleineren Parkbereich an der Lemgoer Straße vor einem Wohngebäude der Wohnbau Detmold. Auch dieser Bereich werde jetzt bewirtschaftet, seine Frage: Inwiefern könnte dort eine Möglichkeit zum Kurzzeitparken für Anwohner geschaffen werden. Herr Rosemeier erläutert, dass auch dieses bekannte Problem im Rahmen der systematischen Untersuchung berücksichtigt werde.

2. Fahrradfahren in der Innenstadt

Herr Rosemeier stellt die Neuregelung der Freigabezeiten für das Befahren der Detmolder Fußgängerzone vor. Diese gemeinsame Kompromisslösung zum Fahrradfahren in der Fußgängerzone hatten Vertreter des Seniorenbeirates, des Beirates für die Belange von Menschen mit Behinderung zusammen mit der Polizei, dem ADFC (Allgemeiner Deutscher Fahrrad-Club) und der Stadtverwaltung erarbeitet. Die Neuregelung sieht vor, dass an Markttagen, also dienstags, donnerstags und samstags, in der Zeit von 9.30 Uhr bis 14 Uhr der direkte Marktbereich für den Fahrverkehr (Fahrrad- und Lieferverkehr) gesperrt ist. An Sonn- und Feiertagen wird die Fußgängerzone ganztägig für Radfahrer geöffnet. Außerdem darf die Fußgängerzone vom Lieferverkehr und Fahrradfahrern weiterhin werktags von 19 Uhr bis 11 Uhr befahren werden.

Der Fachausschuss hat die neue Regelung zustimmend zur Kenntnis genommen. Sie wird jetzt in einer Versuchsphase erprobt und insbesondere durch die Beamten der Innenstadtwache begleitet. Kritik wurde von Seiten der Bürger an der Freigabe der Fußgängerzone für Fahrradfahrer an Sonn- und Feiertagen geäußert: befürchtet wird, dass dies zu Gefahrensituationen für Familien mit Kindern führen könnte. Eine Frau Hoffmann (ADFC Kreis Lippe e.V.) erklärt, dass für Fahrradfahrer die Strecke durch die Detmolder Innenstadt die ungefährlichste Strecke darstellt und daher hoch frequentiert sei. Des Weiteren wurde die Gestaltung der Schilder kritisiert. Herr Rosemeier führt aus, dass mit der Neuregelung teilweise auch größere Beschilderungen angebracht wurden und die Bürger während der Versuchsphase auch die Möglichkeit haben, Anregung dazu, an welchen Stellen größere Beschilderungen notwendig sind, mitzuteilen.

Als weitere Anregung wurde geäußert, den Übergang vom Bruchberg bis zu Einbiegung in die Krummestraße für Fahrradfahrer freizugeben. Außerdem wurde vorgeschlagen, weitere Fahrradabstellmöglichkeiten an den Straßen, die zur Fußgängerzone führen, aufzustellen. Weitere Eindrücke und Anmerkungen zu diesem Thema können während der Testphase an das KuK-Büro gerichtet werden.

3. Beschilderung Fahrradwege

Von einem Bürger wurde im Vorfeld zu der Veranstaltung auf die als unverständlich wahrgenommene Beschilderung von Fahrradwegen hingewiesen. Herr Rosemeier erläutert, dass es sich um ein bundesweites Thema handelt. 2009 wurde die Neufassung der Straßenverkehrsordnung vom Bundesrat entschieden, mit der auf ein verändertes Mobilitätsverhalten insbesondere auf die zunehmende Bedeutung der e-Mobilität im Radverkehr reagiert werden sollte. Ziel der Neuordnung war, den Radverkehr wieder vermehrt in den Fahrbahnbereich zu integrieren. Deshalb wurde die Benutzungspflicht von Seitenanlagen aufgehoben, bei einigen Strecken besteht aber noch ein Benutzungsrecht. Nur in besonderen Ausnahmefällen (bspw. unter Berücksichtigung besonderer Sicherheitsaspekte) wird eine Benutzungspflicht der Seitenanlagen aufrechterhalten und damit das bekannte blaue Schild mit dem Fahrradsymbol aufgestellt. Ansonsten wird die bestehende Beschilderung sukzessive abgebaut. Im vergangenen Jahr wurde die Stadt Detmold von der Bezirksregierung aufgefordert, die Neuregelung umzusetzen. Explizit angesprochen wurde von einem Bürger im Vorfeld der Veranstaltung die Siegfriedstraße. Dort wurde eine Zwischenlösung geschaffen, derart dass weiterhin die Seitenanlage genutzt werden darf, da für diese weiterhin ein Benutzungsrecht besteht, ebenso darf auch die Straße befahren werden.

Des Weiteren wurde Kritik dazu geäußert, dass in der Elisabethstraße Radfahrer entgegen der Verkehrsrichtung fahren. Herr Rosemeier erklärte, dass dort derzeit aufgrund der bestehenden roten Markierung der Seitenanlage noch eine Übergangssituation besteht. In naher Zukunft werden die Radfahrer auf dieser Strecke nur noch die Fahrbahn benutzen dürfen.

Zur Information der Bürger wurde bei der Veranstaltung ein Flyer zu dem Thema „Sicher unterwegs mit dem Rad. Regeln – Rechte – Rücksichtnahme“ ausgelegt.

4. neu Veloroute West

Herr Rosemeier stellt zur Veranschaulichung das Hauptradrouthenetz für Detmold anhand einer Grafik vor. Dieses Grundnetz soll in den nächsten Jahren gezielt ausgebaut werden, um den Fahrradfahrern von außerhalb ein verbessertes Radwegesystem in die Innenstadt anzubieten.

Bei dem Teilabschnitt der Veloroute West soll die Erneuerung der Fahrradverbindungen mit der geplanten Aufwertung des Kaiser-Wilhelm-Platze verbunden werden. Der Kaiser-Wilhelm-Platz soll im Rahmen des Integrierte Stadtentwicklungskonzeptes (ISEK) neu gestaltet werden. Für das Jahr 2016 ist hierfür eine breit angelegte Bürgerbeteiligung geplant, in die ebenfalls verkehrsplanerische Aspekte einbezogen werden sollen (wie etwa eine sichere Querung der Elisabethstraße Ecke Hermannstraße).

5. neu Blomberger Straße

Ein weiterer Bestandteil des Veloroutenkonzeptes ist die Hauptroute Ost. In der Veranstaltung angesprochen wurde die geplante Gestaltung der Blomberger Straße (Abschnitt Hasselter Platz bis zur Woldemarstraße). Der schadhafte Straßenbelag soll in diesem Abschnitt saniert werden, erläutert Herr Rosemeier. Die Planung der Verwaltung, zwei Maßnahmen miteinander zu verbinden, zum einen den Radfahrstreifen auszubauen und zum anderen den Straßenbelag zu erneuern, wird aufgrund der Kritik der Anwohnerschaft nicht umgesetzt.

Die Planung sieht nun im ersten Schritt die Sanierung der Blomberger Straße vor, sofern dies in den Haushaltsplanungen berücksichtigt wird, und im Nachgang dazu dann den Ausbau der Veloroute Ost. Die Anlage von Radwegen in der gesamten Blomberger Straße soll im Rahmen der Beratungen zur Veloroute erneut aufgegriffen werden.

TOP 5. – Stadtgestaltung und -entwicklung

1. Aufwertung des Kaiser-Wilhelm-Platzes

Der Technische Beigeordnete der Stadt, Herr Lammering, erläutert einleitend das „Integrierte Stadtentwicklungskonzept (ISEK)“, dieses muss von der Stadtverwaltung erstellt werden, um Fördergelder von der Landesregierung für verschiedene Bauprojekte zu beantragen.

2013 wurde die Umsetzung des ISEK-Programms vom Rat der Stadt beschlossen, ein Baustein dieses Programms ist die Aufwertung des Kaiser-Wilhelm-Platzes. 2016 soll ein Nutzungskonzept entwickelt werden, Teil davon wird auch ein moderierter Bürgerbeteiligungsprozess sein.

Aufgrund der Nachfrage eines Bürgers nach den Inhalten des ISEK wird auf das Internet verwiesen, dort kann die Broschüre zum ISEK Innenstadt Detmold unter folgendem Link eingesehen werden:

http://www.stadtdetmold.de/uploads/media/ISEK_Ratsbeschluss2013-07-11.pdf

2. Nutzung Hornsches Tor

Bürgermeister Heller fasst einleitend zum einen die Anstrengungen der Stadt Detmold zusammen, eine Nachnutzung für den Gebäudekomplex zu entwickeln, und erläutert zum anderen die bestehenden Eigentumsverhältnisse. Derzeit befindet sich das Geschäftsgebäude im Besitz von zwei Immobilienfonds, einzelne Ladenlokale gehören außerdem Privateigentümern. Mit in die Planungen einbezogen werden des Weiteren die angrenzenden städtischen Gebäuden (u.a. die städtische Bürgerberatung und das Parkhaus Hornsches Tor). Die beiden Fonds zeigen derzeit keine Bereitschaft zu verkaufen bzw. setzen einen deutlich über dem Marktpreis liegenden Verkaufspreis an. Erschwert wird die Entwicklung zudem durch einen häufigen Wechsel der Ansprechpartner.

Die Stadtverwaltung hat keine Möglichkeit auf eine Entwicklung des Komplexes hinzuwirken, diese würde ggfls. erst dann bestehen, wenn eine Gefährdung durch den Leerstand bzw. von einer schlechten Bausubstanz ausgehen würde.

3. Ex-Hertie

Herr Heller erläutert, dass mit den derzeitigen Eigentümern, einer Immobiliengesellschaft aus Lingen, Anfang des kommenden Jahres Gespräche zu den Themen Namensgebung und Platzgestaltung geführt werden. Er stellt außerdem verschiedene Namensvorschläge vor, die von Bürgern beim KUK-Büro eingereicht worden sind. Er informiert zudem darüber, dass der derzeitige Leerstand im ebenerdigen Ladenlokal bedingt wurde durch ein Vermarktungshindernis, das demnächst auslaufen wird.

Von einem Bürger wird angeregt, die Ampelregelung im Rosental probeweise zu verändern, entweder die Ampel abzuschalten oder die Ampelschaltung automatisch an das Verkehrsaufkommen anzupassen.

Auf Nachfrage zum Stand der Planungen „Parkhaus am Finanzamt“ führt Herr Lammering aus, dass derzeit der Erwerb des Grundstücks geklärt wird. Nach dem jetzigen Planungsstand wird der Baubeginn für Mai / Juni anvisiert. Derzeit wird mit einer Bauzeit von einem halben bis einem dreiviertel Jahr gerechnet, so dass mit einer möglichen Fertigstellung Ende 2016 kalkuliert wird.

4. Gemeinnützige Einrichtungen

a. Soziales Kaufhaus

Herr Heller stellt den aktuellen Sachstand zur Nachfolge des Sozialen Kaufhauses „Kaufhaus Allerhand“ dar. Nachdem im April 2014 die finanzielle Schieflage von Kaufhaus Allerhand bekannt wurde, gab es mehrere Gesprächsrunden, in denen Nachfolgemodelle diskutiert wurden, wobei keines dieser Modelle kostendeckend arbeiten würde. Im letzten Jahr im August hat das Thema der Kreis Lippe übernommen. Im nächsten Sozialausschuss des Kreises soll ein mögliches Nachfolgekonzept vorgestellt werden.

b. Sanierter Kuhstall

Der alte Kuhstall auf dem Gut Herberhausen wurde seit 2010 im Rahmen des Projekt „Werkstatt“ saniert. Bei dem Projekt handelte es sich um eine Kooperation mit der Baufachschule für Denkmalpflege. Für die Stadt Detmold entstanden für die Sanierung keine Kosten, da die Sanierung zu 70 % von der Landesregierung bezuschusst wurde. Die übrigen 30 % wurden über Eigenleistung erbracht.

Denn im Rahmen des Projektes konnten die Schülerinnen und Schüler ihr gelerntes Wissen praktisch einsetzen und weiter ausbilden. Während der Umbauphase wurde das Gebäude so als Anschauungs-, Lern- und Übungsobjekt für Schüler und Bauherren genutzt. Derzeit besteht noch ein Vertrag mit der Baufachschule. Geplant war dort nach dem Abschluss der Sanierung Werkstätten für die Baufachschule und den am Ort ansässigen Beschäftigungsträger EUWATEC e.V. bereitzustellen. So wie das gesamte denkmalgeschützte ehemalige Rittergut Herberhausen sollte auch der ehemalige Kuhstall damit eine neue und soziale Nutzung erhalten. Derzeit werden Gespräche über eine alternative Nachnutzung geführt. Eine andere gemeinnützige Nachnutzung mit einem kulturellen oder sozialen Schwerpunkt wäre gegebenenfalls auch möglich.

c. Alte Pauline

Herr Lammering informiert darüber, dass an dem denkmalgeschützten Gebäude 2015 substanzerhaltende Maßnahmen mit Kosten von 94.000 Euro ausgeführt wurden (in Teilbereichen wurden das Dach und Fenster erneuert). Derzeit werden für weitere Investitionen in den Folgejahren 533.000 € veranschlagt. Auch diese Maßnahme ist im Rahmen des ISEK erfasst, so dass eine Förderung in geschätzter Höhe von 100.000 bis 120.000 Euro gegebenenfalls möglich wäre. Im Tiefbau- und Immobilienausschuss am 27. Oktober wurden Alternativstandorte für das Kulturzentrum vorgestellt. Drei Gebäude wurden als mögliche alternative Veranstaltungsorte für Kulturinitiative Detmold (KID) eingeschätzt. Die Politik erteilte einen dahingehenden Prüfauftrag an die Verwaltung. Das Ergebnis soll Anfang nächsten Jahres der Politik vorgelegt werden.

5. Entwicklung des Stadtteils Hohenloh und der ehemaligen Britensiedlungen

Der Stand der Entwicklung des Stadtgebiets wird von dem verantwortlichen Stadtplaner Herrn Behnke vorgestellt. In dem Wohngebiet westlich der Richthofenstraße, in der sogenannten Solarsiedlung, wird derzeit der letzte freie Bauplatz bebaut. Außerdem wird das ehemalige Casinogebäude auf dem Kasernengelände momentan für eine Pflegeeinrichtung umgebaut. Eine weitere Pflegeeinrichtung wird nach Sanierung und Umbau in dem Gebäude 37 (neben dem Bildungshaus Weerth-Schule) entstehen. Derzeit läuft für zwei weitere Gebäude eine Ausschreibung, für die schon mehrere Investoren Interesse bekundet haben. Vier weitere Gebäude befinden sich in der Projektentwicklung, perspektivisch ist für diese eine Nutzung als Wohnraum möglich.

Auch von einer weiteren Entwicklung im gewerblichen Bereich berichtet Herr Behnke, so hat eine Firma aus der Nahrungsmittelproduktion einen Bauantrag gestellt. Keine Anfragen gibt es derzeit für das Gebäude 36, zu dem auch ein großes Grundstück gehört.

Ein Teil des Gebäudebestandes der ehemaligen Britensiedlung, die sogenannte Holländersiedlung, wurde bereits über die Sparkasse Paderborn-Detmold zum Verkauf angeboten, einige Objekte wurden bereits veräußert, erklärt Herr Behnke.

Die Stadt Detmold steht weiterhin in Verhandlungen mit der Bundesimmobilienanstalt (BIMA) bezüglich eines möglichen Kaufs des übrigen Gebäudebestandes. Ein diesbezügliches Wertgutachten wird derzeit erarbeitet. Bis wann das Verfahren andauern wird, ist derzeit nicht absehbar.

TOP 7. – Zusammenleben in Detmold

Bürgermeister Heller schildert einleitend die Situation zum Thema „Integration und Unterbringung von Flüchtlingen in Detmold“. Er betont, dass diese aufgrund der sich ständig verändernden Zahlen und Voraussetzungen nur sehr schwer planbar ist. Für die Stadtverwaltung bringt sie eine hohe Arbeitsbelastung mit sich. Die Stadtverwaltung hat, um auf die sich ständig verändernden Bedingungen reagieren zu können, verschiedene Arbeitsgruppen ins Leben gerufen. Die Arbeitsgruppen haben die Themen a) Wohnen/Unterbringung, b) Regelprozesse (Jugendamt, Sozialamt, Ausländerbehörde), c) Integration (Sprache, Bildung Arbeit, Ehrenamt, Öffentlichkeitsarbeit und Bürgerdialog).

Herr Heller erläuterte außerdem, dass sich die Kosten für die Unterbringung und Betreuung der Flüchtlinge voraussichtlich nicht als Mehrkosten im Haushalt niederschlagen werden, da nach derzeitigem Wissensstand die Finanzierung durch Bund und Land als ausreichend eingeschätzt wird.

1. Unterbringung und Integration von Flüchtlingen

Frau Oesterhaus betont die Wichtigkeit des ehrenamtlichen Engagements für die Betreuung und Integration der Flüchtlinge in die Stadtgesellschaft. Um den Ehrenamtlichen Hilfestellungen anzubieten und die bereits aktiven Organisationen stärker zu vernetzen, ist Frau Danesh seit dem 26. Oktober für die Koordination des ehrenamtlichen Engagements in Detmold zuständig (Kontakt: Frau Ulrike Danesh, Fachbereich 2, Kontaktstelle für Asylbewerber, Tel.: 977-900, Email: u.danesh@detmold.de).

Frau Oesterhaus informiert darüber, dass der Stadt Detmold seit dem 24. September nach dem Flüchtlingsaufnahmegesetz (FlüAG NRW) wieder wöchentlich ca. 25-30 Flüchtlinge zugewiesen werden, wobei die Zahlen stark schwanken.

Für die Organisation der Unterbringung hat die Stadtverwaltung die Arbeitsgruppe „Wohnen/Unterbringung“ gebildet, zu ihren Aufgaben gehört es unter anderem Wohnraum zu begutachten und Verhandlungen mit potentiellen Vermietern zu führen. In der Detmolder Kernstadt sollen übergangsweise Flüchtlinge im Haus St. Bonifatius am Wallgraben untergebracht werden. Außerdem werden Gebäude im Christaweg und in der Immelmanstraße angemietet. Im Vorfeld sollen die Anwohner der Nachbarschaft bei einer Nachbarschaftsveranstaltung informiert werden. (Nachrichtlich: die Anwohnerinformation für die Unterbringung fand am 6. November statt.)

Herr Heller ergänzt, dass die weitere Entwicklung der Situation im kommenden Jahr momentan nicht abzusehen ist. Derzeit kalkuliert der Bund auch seine finanzielle Unterstützung auf der Grundlage der Schätzung von 800.000 Flüchtlingen für 2016. Auf der Grundlage dieser Zahl rechnet die Stadt Detmold mit schätzungsweise 1400 Menschen, die der Stadt zugewiesen werden. Dies wird voraussichtlich auch auf längere Sicht zu einem Stadtwachstum führen, da anzunehmen ist, dass 50 Prozent der zugewiesenen Flüchtlinge in Detmold bleiben werden. Dies stellt die Stadtverwaltung vor die Herausforderung, auch dauerhaft für diesen Wohnraum zu schaffen.

Der für die Britensiedlungen erstellte Rahmenplan sah bislang den Abriss eines großen Teils der Bestandsimmobilien vor, dies müsse angesichts der momentanen Lage jedoch überdacht werden. Der

Bevölkerungszuwachs werde des Weiteren Auswirkungen auch auf den Bedarf von Kita-Plätzen und auf die Schulen haben.

Aktuelle Informationen und Ansprechpartner zu dem Thema werden außerdem veröffentlicht unter www.stadtdetmold.de/fluechtlinge.html.

b. Die Zentrale Unterbringungseinheit (ZUE) in der Adenauerstraße

Die Leiterin der Zentrale Unterbringungseinheit (ZUE), Frau Beer vom Arbeiter-Samariter-Bund (ASB), informiert über die aktuelle Situation in der Unterbringungseinrichtung. Am Tag der Veranstaltung waren dort 560 Gäste aus 28 verschiedenen Nationen untergebracht. In der ZUE bleiben die Flüchtlinge in der Regel 3 bis 5 Wochen bevor sie einer Kommune zugewiesen werden. Dort findet unter anderem eine ärztliche Voruntersuchung statt, sowie bei der Ankunft der Gäste eine paramedizinische Sichtung im Medicalcenter durch Rettungssanitäter.

Die Landeseinrichtung wird Ende Oktober um zwei weitere Wohnblöcke in der Wolfgang-Hirth-Straße und damit um 150 weitere Unterbringungsplätze erweitert. (Nachrichtlich: die beiden Gebäude wurden zum 5.11. bezogen, die Aufnahmekapazität der ZUE wurde damit auf 650 Plätze aufgestockt, Notbelegung 750 Plätze.)

Dank der großen ehrenamtlichen Hilfe, insgesamt ist dort ein Netzwerk aus circa 90 Freiwilligen aktiv, können in der Einrichtung verschiedene Freizeitangeboten für die Flüchtlinge organisiert werden. Frau Beer spricht eine Einladung an alle Interessierten aus, das Café Welcome an der Siegfriedstraße zu besuchen (Öffnungszeiten: täglich außer sonntags ab 17:00 Uhr).

c. Patenschaften für unbegleitete jugendliche Flüchtlinge

Frau Oesterhaus erläutert, dass in Folge einer Gesetzesänderung vermehrt unbegleitet minderjährige Flüchtlinge in Detmold aufgenommen werden. Das Gesetz tritt ab dem 1. November in Kraft. Bislang sah das Asylrecht vor, dass das Jugendamt der Stadt, in welcher die Jugendlichen erstmalig registriert werden, für die Inobhutnahme der minderjährigen Flüchtlinge zuständig ist. Die Neuregelung sieht vor, dass die Jugendlichen bundesweit Kommunen zugewiesen und dort in Obhut genommen werden. Die Vormundschaft liegt dann bei dem jeweiligen kommunalen Jugendamt. Derzeit wurden in Detmold bereits 19 Jugendliche vom Stadtjugendamt in Obhut genommen.

Patenschaften für diese Kinder und Jugendlichen sind in der Form möglich, als dass Ehrenamtliche diese im Alltag begleiten und unterstützen. Interessierte, die ihre ehrenamtliche Hilfe anbieten möchten, können sich an Frau Danesh wenden.

In der nachfolgenden Diskussion, beantwortet Frau Beer unter anderem Nachfragen zur Verständigung in der ZUE. Diese funktioniert hauptsächlich auf Englisch, teilweise Französisch und Arabisch, Dolmetscher sind hier sowohl Ehrenamtliche als auch mehrsprachige Mitarbeiter des Sicherheitsdienstes und des ASB. Sie dankte den Ehrenamtlichen dabei besonders für ihre Unterstützung.

Außerdem wurden Fragen danach gestellt, welche finanziellen Leistungen die Asylbewerber erhalten und wie diese krankenversichert sind.

Zur Beantwortung der Fragen muss unterscheiden werden:

- Ein alleinstehender Flüchtling, der in einer ZUE untergebracht ist und dort Essen und Unterkunft bekommt
 - o erhält ein Taschengeld von 143 Euro
 - o Die Kosten für die ärztliche Behandlung von akuten Erkrankungen bzw. Schmerzen trägt die Bezirksregierung Arnsberg.
- Die Flüchtlinge, die der Stadt Detmold zugewiesen sind:
 - o Ein alleinstehender Flüchtling erhält monatlich Leistungen in Höhe von 359 Euro
 - o Die Kosten für Behandlungen wird durch das Sozialamt übernommen

Des Weiteren wurde gefragt, wer für Schäden, die durch Flüchtlinge verursacht werden, haftet.

- Im Fall von Schäden, die durch nicht versicherte Personen entstehen, gilt das Privatrecht und es findet keine Schadensübernahme statt.

Angesichts der aktuellen Erweiterung der ZUE stellte eine Anwohnerin die Frage: Wie viel Nähe ist zumutbar? Herr Heller informiert darüber, dass eine neue Regelung der Bauordnung die Einrichtung von Sammelquartieren jetzt auch in reinen Wohngebieten ermöglicht. Die Entscheidungsgewalt liegt dabei bei Bund und Land. Das Land kann in Bundesimmobilien die Einrichtung einer Notunterkunft anordnen, ebenso auch wie die Aufstockung einer bereits bestehenden Einrichtung, so wie aktuell in der Wolfgang-Hirth-Straße. Dort werden Familien und Frauen mit Kindern untergebracht werden, außerdem wird ein 24-Stunden Wachschutz eingerichtet. Wie lange die ZUE Adenauerstraße bestehen wird, ist derzeit nicht abzusehen. Bürgermeister Heller sagt den Anwohnern die bestmögliche Unterstützung zu.

TOP 8 Verschiedenes

Da keine weiteren Fragen gestellt werden, bedankt sich Herr Bürgermeister Heller bei den Anwesenden für ihr Kommen.

Während der Veranstaltung wurden noch folgende Anregungen von den Bürgerinnen und Bürgern mitgeteilt:

- Kritik wurde geäußert an der nicht ausreichenden Pflege der Grünbepflanzung an der Kiewningstraße.



Rainer Heller
Bürgermeister



Ivonne Pott
Protokollführerin